



Samstag, 03. Februar 2018, 15:45 Uhr
~17 Minuten Lesezeit

Nur die „Angeklagten“ fehlten

Bericht von der IALANA-Tagung „Krieg und Frieden in den Medien“.

von Stefan Korinth
Foto: studiovin/Shutterstock.com

Die Friedensinitiative „IALANA“ versammelte vom 26. bis 28. Januar in Kassel eine große Zahl von Medienkritikern – darunter zahlreiche Prominente. Medienwissenschaftler, Künstler, Juristen, Historiker, Ex-Politiker und kritische Journalisten debattierten drei Tage lang über den Zustand der heutigen Medienlandschaft. Es ging unter anderem um Kriegspropaganda, Medienkonzentration und Programmbeschwerden. Vertreter des Mainstreams ließen sich trotz Einladung nicht sehen.

Knapp 30 Fachleute, die sich aus verschiedenen beruflichen

Perspektiven kritisch mit den deutschen Medien befassen, waren nach Kassel gekommen. Neben der zentralen Lage sprach für die Stadt auch das Vorhandensein pazifistisch engagierter Kirchenmitglieder, die mit der Juristen-Initiative IALANA und weiteren Gruppen die Tagung organisierten und mit der Jugendkulturkirche den passenden Konferenzort zur Verfügung stellten. An allen Tagen war die Kirche mit mehr als 350 Zuhörern sehr gut gefüllt; die Konferenz bereits Tage im Vorfeld ausverkauft.

Einig waren sich wohl alle Anwesenden, dass in den großen etablierten Medien des Landes vieles falsch läuft. Der Korridor veröffentlichter Meinungen wird immer enger, Propaganda und Manipulationen nehmen zu, viele Berichte sind oberflächlich, einseitig und schlecht recherchiert, oft wird unkritisch PR verbreitet, Feindbilder werden aufgebaut, Etiketten geklebt, Kampagnen gefahren und obendrein wird die Publikumskritik nicht ernst genommen. Doch so verschieden die Probleme, so vielfältig sind auch die Gründe für das Medienversagen. „Den großen Strippenzieher gibt es jedenfalls nicht“, betonte die Erlanger Medienforscherin Sabine Schiffer in ihrem Vortrag.

Konzentration und Kürzungen

Schiffer warnte vor der beständig voranschreitenden Medienkonzentration in immer weniger Händen. Sie zitierte den Journalisten Paul Sethe, der 1965 sagte, Pressefreiheit sei die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten. Heute ist diese Zahl weitaus geringer, betonte die Wissenschaftlerin. Immer mehr Lokalredaktionen oder ganze Zeitungen werden zusammengelegt. Den Menschen ist das oft gar nicht bewusst, weil die Zeitungstitel nach außen hin erhalten blieben.

Hinter vielen vordergründig unterschiedlichen Zeitungen stecke mittlerweile nur noch die Zentralredaktion einer „Mediengruppe“. In Nordrhein-Westfalen hätten beispielsweise 45 Prozent der Einwohner keine Auswahl mehr bei Tageszeitungen, sondern diese stammten nur noch von einem Monopolanbieter.

Fusionen und Einsparungen der Verlagshäuser resultierten zwar aus zurückgehenden Werbeeinnahmen, doch müssten die Mittel für Redaktionen trotzdem nicht gekürzt werden, zitierte sie den Medienforscher Horst Röper. Vielen Verlagen gehe es gut, ihre Existenz sei nicht bedroht. Tatsächlich gehe es um Profitsicherung.

Angst vor Kollegenkritik und heiklen Recherchen

Eine Folge dieser Kürzungen ist jedoch die extreme Verunsicherung vieler Journalisten. Diese wollen in solchen Situationen eher kein Risiko eingehen, etwa mit Kritik an Kollegen oder mit heiklen Recherchen. Niemand weiß ja, wo er morgen unterkommen kann. Viele von ihnen orientieren sich deshalb an der Herde und an Alpha-Journalisten. Ein Etikett wie „Verschwörungstheorie“ genüge denn auch, damit die meisten Journalisten die Finger von einer Recherche lassen, erklärte Schiffer. „Doch wenn man nicht recherchiert, erfährt man nicht, ob es eine Verschwörung gab oder ob es nur eine Theorie war.“

Auch ARD und ZDF dünnen ihr Korrespondentennetzwerk aus, obwohl ihre Haupteinnahmequelle, die Rundfunkgebühr, weiter sprudelt. Aktuell gibt es weltweit nur noch 30 ARD-Büros und 18 vom ZDF. Eigentlich müssten die Öffentlich-Rechtlichen (ÖR), dieses Netz ausbauen, denn damit würden sie sich qualitativ von allen anderen Medien abheben, sagte Schiffer. „So ein Korrespondentennetz wäre das Pfund mit dem der Öffentliche

Rundfunk wuchern kann.“

Schiffer plädierte für eine Reform der Öffentlich-Rechtlichen, denn diese hätten immer noch das beste Finanzierungssystem für guten Journalismus. Privatmedien hingegen sind abhängig von Werbekunden, Crowdfunding ist abhängig von Stimmungen und auch Genossenschaften sind korrumpierbar. Das zeige beispielhaft die Tageszeitung (taz).

Sie schlug vor, dass öffentlich-rechtliche System auch auf Zeitungen und ins Internet auszuweiten. Voraussetzung sei jedoch die Demokratisierung der ÖR. Das Publikum müsse mehr Einfluss bekommen. Es solle etwa Publikumsräte wählen dürfen, die transparent arbeiten und verbindliche Programmvorschläge machen können.

„Stiftung Medientest“ notwendig

ARD und ZDF waren auch Thema weiterer Vorträge. Die Leipziger Medienkritikerin Maren Müller sprach über ihre eigenen Erfahrungen mit den Rundfunkräten. Als Vorsitzende der „Ständigen Publikumskonferenz“ sendet sie seit Jahren Programmbeschwerden an die öffentlich-rechtlichen Sender. Dort gelten Müller und ihre Mitstreiter inzwischen als Querulanten und „Putinverstehher“.

Die Rundfunkräte arbeiteten überhaupt nicht im Sinne des Publikums, kritisierte Müller. „Die verstehen sich selbst teilweise als verlängerter Arm der Intendanten.“ So sitzen dort freigestellte ARD-Mitarbeiter, die zwangsläufig in diese Tätigkeit Loyalitätskonflikte mitbringen. Außerdem kämen politische Akteure als entsandte unpolitischer Verbände durch die Hintertür in die Räte oder würden von ihren Parteien dorthin entsorgt. „Ein Sitz im

Rundfunkgremium sollte eine Ehre sein und keine Anschlussverwendung für abgehalfterte Politiker“, unterstrich Müller.

Die Rundfunkräte müssten sich im Sinne des Publikums beispielsweise deutlich gegen die dominierende Position von Einschaltquoten in den ÖR aussprechen, forderte sie. Die Quoten hätten bei ARD und ZDF nichts zu suchen. „Das ist ein Instrument der Werbewirtschaft.“ Zudem müsse eine Stiftung Medientest eingeführt werden, schlug Müller vor. Gerade die großen Medien schreien immer am lautesten „Fake News“ und müssten sich deshalb als allererste dahingehend kontrollieren lassen.

Ablehnungsquote: hundert Prozent

Auch die früheren ARD-Mitarbeiter Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam formulieren regelmäßig Programmbeschwerden. Die beiden konzentrieren sich dabei auf Tagesschau und Tagesthemen. Rund 400 Beschwerden seien es inzwischen, sagte Bräutigam, der selbst zehn Jahre lang als Redakteur bei der Tagesschau arbeitete.

Doch keiner einzigen ihrer Eingaben wurde stattgegeben. Meist würden sie vom rund sechzig-köpfigen Rundfunkrat des zuständigen NDR sogar einstimmig (!) abgewiesen. „Das ist gegen jede statistische Wahrscheinlichkeit“, kritisierte Klinkhammer. Geradezu „nordkoreanische Verhältnisse“ seien das in dem Gremium, kommentierte ein Zuhörer.



Die Rubikon-Autoren Volker Bräutigam (links) und Friedhelm Klinkhammer berichteten über ihre Erfahrungen mit dem NDR-Rundfunkrat (Foto: Anke Westermann)

Die Rundfunkräte tagen nur hinter verschlossenen Türen, sie sind nicht gewählt und nicht rechenschaftspflichtig. Der Sender organisiere die kompletten Sitzungen bis hin zur Bewirtung mit Speisen und Getränken, also die Einrichtung, die die Räte eigentlich kontrollieren sollen. Erwartungsgemäß verstünden sich die Rundfunkräte dann auch nicht als Anwälte des Publikums, sondern als „Co-Manager der Öffentlich-Rechtlichen“, betonte Bräutigam. Der Rubikon hat die Vorträge der beiden Medienkritiker [hier](https://www.rubikon.news/artikel/konnen-wir-uns-wehren) (<https://www.rubikon.news/artikel/konnen-wir-uns-wehren>) und [hier](https://www.rubikon.news/artikel/offentlich-rechtliche-massenmanipulation) (<https://www.rubikon.news/artikel/offentlich-rechtliche-massenmanipulation>) veröffentlicht.

Kriterien zur Identifikation von Propaganda

Volker Bräutigam kritisierte, dass die Tagesschau in Syrien-Berichten auch Propaganda von Dschihadisten verarbeite. Doch für den Durchschnittsnutzer ist es nur selten leicht, Propaganda sofort als solche zu erkennen. Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger half und erinnerte in seinem Vortrag an die zehn Grundsätze der Kriegspropaganda, die der britische Politiker Arthur Ponsonby in den 1920er Jahren formulierte. Auch weitere Fachleute hätten bereits nützliche Hinweise zur Erkennung von Propaganda zusammengestellt.

Krüger erwähnte den US-amerikanischen Linguisten Noam Chomsky, der auf „wertvolle und wertlose Opfer“ in den Medien hinwies. Tote und Verletzte würden demnach immer dann medial vernachlässigt, wenn sie auf die Kappe der eigenen oder einer verbündeten Armee gehen. Ist jedoch ein als feindlich eingestuftes Land für Opfer verantwortlich, würden diese von den Medien mit allen Mitteln präsentiert. Idealtypisch könne man das heute am unterschiedlichen medialen Umgang mit bombardierten Krankenhäusern durch die russische und durch die US-amerikanische Luftwaffe analysieren, sagte Krüger.

Er verwies zudem auf den Medienwissenschaftler Florian Zollmann, der neun Propaganda-Indikatoren auflistete. Hellhörig sollten Mediennutzer werden, wenn Journalisten in ihrer Berichterstattung Empörung schüren und zum militärischen Eingreifen auffordern oder wenn sie die Frage nach der grundsätzlichen Legitimation eines Krieges gar nicht erst thematisieren. Weitere Propaganda-Marker sind die Betonung vermeintlicher Gräueltaten durch Feindstaaten auch bei unsicherer Faktenlage sowie abwertende Bezeichnungen von Staatsoberhäuptern.

Doch trotz aller Hinweise sei es zu viel verlangt, dass normale Mediennutzer selbst Propaganda aufdecken. Die Medienwissenschaft müsste sich wieder viel stärker mit dem Thema befassen, forderte Krüger. „In der heutigen Kommunikationswissenschaft ist der Begriff faktisch verschwunden.“ Doch es gebe gerade bei Nachwuchswissenschaftlern eine regelrechte Sehnsucht nach Propagandakritik. Krüger warb für die universitäre Einrichtung von Lehrstühlen zur Propaganda-Analyse. Kritische Wissenschaftler müssten zudem ihre eigenen Netzwerke gründen und konkrete Propagandaverdachtsfälle untersuchen.

Medien warben für Kosovo-Krieg

Letzteres hat Kurt Gritsch schon getan. In seiner Doktorarbeit hat der Historiker das politische und mediale Trommeln für den Kosovo-Krieg (1999) analysiert. Keine der von ihm untersuchten fünf Mainstream-Zeitungen habe deeskalierend berichtet, so Gritsch. Der völkerrechtswidrige Angriff der Nato wurde in den Blättern mehrheitlich als „humanitäre Intervention“ – also als menschenfreundliche Einmischung – verkauft, erläuterte er in seinem Vortrag. Außerdem kamen in den Medien vor allem Intellektuelle zu Wort, die den Angriff befürworteten.

Gritsch hat in seiner Forschungsarbeit unter anderem die monatelange Feuilletondebatte in der Frankfurter Allgemeinen (FAZ), in der Süddeutschen (SZ), in der Zeit, im Spiegel und in der taz ausgewertet. Intellektuelle, die sich öffentlich äußerten, positionierten sich damals zwar mehrheitlich gegen den Krieg, sagte der Historiker. Rund 55 Prozent seien Gegner und weitere 15 Prozent Skeptiker gewesen. Doch in den meisten Blättern waren die Kriegsbefürworter in der Mehrheit, am deutlichsten in FAZ und Spiegel. Die taz war hingegen nah an der Realität – zumindest im

Feuilleton. Im Politikteil war auch sie auf Nato-Kurs.

TAZ-Abo wegen Russland-Bashing gekündigt

Bis heute scheint sich daran nicht viel geändert zu haben. Günther Rager, emeritierter Medienprofessor aus Dortmund, erklärte in seinem Vortrag, er habe die taz mittlerweile aus Wut wegen ihrer „unerträglichen Russland-Berichterstattung“ abbestellt. Auch er sprach über die Kriegsberichterstattung von Tageszeitungen und zitierte aus einer noch nicht erschienenen Studie von Matthias Wolff. Dieser hatte Artikel über die Kriege in Afghanistan, Libyen und Gaza analysiert.

Dabei seien die Ergebnisse überwiegend unerfreulich, sagte Rager. So erhielten die westlichen Kriegsparteien und ihre Verbündeten in den Berichten rund viermal so viel Raum wie ihre Gegner. 70 Prozent der Zeitungskommentare seien einseitig zugunsten der pro-westlichen Kriegsparteien gewesen. Die Blätter zeigten „großen Einfallsreichtum“, Angriffe des Westens sprachlich zu verharmlosen. Man spreche dann etwa von „bombardierten Stellungen“, ohne zu erwähnen, dass sich in den Stellungen Menschen befanden, erläuterte der Zeitungsforscher.

Eine weitere Erkenntnis: Unter völker- und menschenrechtlichen Gesichtspunkten würden Russland, China und der Iran weitaus härter beurteilt als die USA, Saudi Arabien oder die Türkei. Immer wieder inszenierten Medien ihre Berichte so, dass Leser sehr schnell merkten, wer „die Guten“ sind. Zuschauer und Leser müssten von der „verfehlten Vorstellung“ wegkommen, dass Journalisten nur die Wirklichkeit abbilden und nicht inszenieren, so Rager. Chefredakteure spielten bei den Inszenierungen die Rolle des Regisseurs.

Den „großen Strippenzieher“ gebe es tatsächlich nicht, sagte auch Rager. Von außen seien aber gar keine Eingriffe nötig, um Redaktionen zu einseitiger und bellizistischer Berichterstattung zu drängen, erläuterte er. Sie arbeiten selbstständig und verteilen die Rollen von Gut und Böse nach wirtschaftlich-militärischer Bündniszugehörigkeit. „Viele Redakteure sind von der dominierenden Weltanschauung überzeugt.“

Deckmantel von Interessenpolitik wegziehen

Die frühere ARD-Moskau-Korrespondentin Gabriele Krone-Schmalz ergänzte, dass Journalisten ja eigentlich dazu da seien, „humanitäre Deckmäntelchen von knallharter Interessenpolitik wegzuziehen“. Doch gerade in der Russland-Berichterstattung geschehe das Gegenteil. Von Journalisten müsse man auch erwarten können, dass sie komplexe Sachverhalte wie etwa rechtliche Fragen zu Annexion und Sezession erläuterten, statt nur die politischen Meinungen anderer nachzusprechen. Zu viele Journalisten berichteten nicht mehr an der Sache orientiert, sondern argumentierten nur noch rein moralisch, konstatierte Krone-Schmalz. „Seien Sie bei so etwas besonders misstrauisch“, forderte sie die Zuhörer auf.



Die frühere Russland-Korrespondentin Gabriele Krone-Schmalz warnte vor holzschnittartigen Erklärungen in den Medien (Foto: Anke Westermann)

Albrecht Müller, Gründer und Herausgeber der Nachdenkseiten, wies in seiner **Rede** (<http://www.nachdenkseiten.de/?p=42216>) auf die wiederkehrende Nutzung von Kampagnen durch die Medien hin. Es habe solche organisierten Kampagnen gegen die gesetzliche Rente genauso gegeben wie gegen den „Friedenswinter“. Die neue Friedensbewegung wurde von den Medien massiv bekämpft, sagte Müller. „Sie durfte nicht so anwachsen, wie in der 80er Jahren.“

Müller erinnerte an eine große Veranstaltung des „Friedenswinters“, bei der kein einziger Rechter sprach. Trotzdem hätte der Mainstream die Demonstration als „Querfront“ verunglimpft. Auf solche Etiketten bezogen sich dann wiederum andere Medien, aber auch Wikipedia.

Der Oldenburger Lehrer und Filmemacher Markus Fiedler erläuterte in seinem Vortrag, wie die Online-Enzyklopädie mit negativen Assoziationen und verleumderischen Etiketten herummanipuliert, beispielsweise an der Glaubwürdigkeit von Friedensaktivisten. Nicht vergessen werden darf beim Thema Propaganda und Manipulation die PR-Industrie. Für Geld führt sie zusammen mit Medien auch ganze Kriege herbei, wie der Politikwissenschaftler Jörg Becker in seiner **Rede** (<http://www.nachdenkseiten.de/?p=42234>) verdeutlichte.

Manipulationen des Mainstreams

Wie Manipulationen von journalistischen Medien funktionieren, erläuterten weitere Gäste: Eine Frau aus dem Publikum, die im Sommer bei einer der Friedensfahrten nach Russland dabei war, berichtete, dass die Gruppe von drei ZDF-Leuten begleitet wurde. Daraus entstanden zwei Berichte bei Frontal 21. „Die sind katastrophal“, erklärte die Frau. „Unsere Tochter hat vor dem Fernsehen angefangen zu weinen. Und sagte: ‚Das stimmt doch gar nicht, was die da sagen.‘“



Zwischen den Vorträgen gab es immer wieder kleine Diskussionsrunden auf dem Podium, hier mit (v.l.) Moderator Gerhard Baisch (IALANA), den Journalisten Ulrich Teusch und Gabriele Krone-Schmalz sowie dem Historiker Kurt Gritsch (Foto: Anke Westermann)

Auch Hörfunkjournalist und Buchautor Ulrich Teusch („Lückenpresse“) bestätigte den Eindruck, dass die Leitmedien kein realistisches Bild von Russland zeichnen wollen. Es gebe höchstens Naturdokumentationen von dort, aber Berichte über das alltägliche Leben der Menschen in Russland fehlten gänzlich, stellte er fest. Teusch warb in seinem Vortrag (<https://www.rubikon.news/artikel/das-erste-opfer-eines-krieges-ist-die-wahrheit>) für einen Journalismus, der Beiträge zur Völkerverständigung leistet.

Doch stattdessen herrsche ein staats- und wirtschaftsnaher Journalismus, der im Sinne der Mächtigen Tatsachen, die ihnen

nicht passen, zu Meinungen degradiert und umgekehrt genehme Meinungen in Tatsachen verwandelt. Dies geschehe in der Tagesschau genauso wie in Polit-Talkshows, stellte Teusch fest.

Ein Beispiel sei die durch nichts Substanzielles belegte Russiagate-Verschwörung (Putin habe die US-Wahlen manipuliert), die interessierte Seiten in den USA aber auch in Deutschland permanent medial bespielen. „Das ist nicht nur ein Kampf um Deutungshoheit, sondern ein Kampf gegen Tatsachen“, betonte Teusch. Die Leitmedien bewerten Informationen danach, ob sie in den vorherrschenden Deutungsrahmen passen. Falls nicht, würden diese Informationen einfach nicht veröffentlicht. Heute-Journal-Moderator Claus Kleber hätte sein Buch nicht „Rettet die Wahrheit!“, sondern „Rettet meine Wahrheit!“ nennen sollen.

Diskurswaffen: Von Antisemitismus bis Verschwörungstheoretiker

Immer wieder kam die Taktik von Mainstreammedien zur Sprache, Kritiker massiv mit Negativetiketten zu schmähen. Nachdenkseiten-Redakteur Jens Berger wies auf die immer wiederkehrende Verleumdung der Nachdenkseiten als Teil einer angeblichen „Querfront“ hin. Besonders bitter sei, dass ausgerechnet die Gewerkschaften die linke Website heute als Feind sehen. Die Otto-Brenner-Stiftung (IG Metall) hatte den Medien mit einem tendenziösen Arbeitspapier das Futter für die Angriffe geliefert.

Ein weiteres verleumderisches Etikett ist „Antisemit“, das trotz seiner schwerwiegenden Bedeutung heute geradezu inflationär, aber höchst wirksam gegen jede Form der Israelkritik angewandt werde. Selbst die Macher des ZDF-Kabarett „Die Anstalt“ hätten eine gewisse Furcht davor, den Israel-Palästina-Konflikt in ihrer Sendung zu thematisieren, räumten Max Uthoff und der

Rechercheur Ekkehard Sieker ein.

Vom freien Korrespondenten Andreas Zumach ernteten sie dafür heftige Kritik. Die Anstalt muss endlich was zu dem Konflikt und zur völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik Israels machen, forderte er. Die Fakten zu dem Konflikt liegen alle klar auf dem Tisch. Natürlich würden Henryk M. Broder, Teile des Zentralrats der Juden und Anti-Deutsche die Sendung anschließend mit Antisemitismusvorwürfen angreifen, sagte Zumach. Aber solche Vorwürfe seien Verharmlosungen des Holocausts. Das müsste die Anstalt dann auch klar sagen.

Ein medial ähnlich heißes Eisen seien die Anschläge vom 11. September 2001. Daran wage sich kein großes Medium, kritisierte ein Mann aus dem Publikum. Dabei würden doch gerade diese Anschläge bis heute als Rechtfertigung für den weltweiten Anti-Terror-Krieg genutzt. Der Journalist und gelernte Physiker Ekkehard Sieker vom Team der „Anstalt“ erklärte dazu, die offizielle Version der Anschläge sei zwar nicht mit den Naturwissenschaften zu vereinbaren. Doch für Journalisten würde durch Recherchen dazu ihr komplettes Weltbild zusammenbrechen. „Davor fürchten sie sich.“

Der Mainstream sagt ab

Sieker und Uthoff arbeiten zwar für eine ZDF-Sendung, doch als typische Repräsentanten des Mainstreams können die beiden nicht bezeichnet werden. Kein Vertreter eines großen Mediums kam ansonsten zur Tagung nach Kassel. Viele Redner und Gäste im Publikum bedauerten in ihren Wortmeldungen diese verpasste Chance zur Diskussion.

„Hier fehlt schon angefangen von der örtlichen Presse, die

Hessisch-Niedersächsische Allgemeine, die Kasseler Tageszeitungen, es fehlen die Mainstreammedien. Die großen Zeitungen haben hier keine Reporter hingeschickt. Es ist auch kein hessisches Fernsehen hier. Das werten wir zunächst mal so, dass es hier offensichtlich gewisse Ängste gibt, dass man hier vielleicht einer Veranstaltung Raum gibt in der Berichterstattung, die kritisch über das berichtet, was man selbst macht. Das ist vielleicht schwer zu ertragen“, **sagte** (<https://youtu.be/qMp9rRddZls?t=171>) IALANA-Vorstand Otto Jäckel.

Gabriele Krone-Schmalz, lange Jahre bei der ARD tätig sagte: „Die Stimmung in Deutschland ist so vergiftet, dass sich Kollegen der Leitmedien nicht hierher trauen.“ Das ist ein Zeichen der Verhärtung, meinte Albrecht Müller. „Dieser Dialog muss auf den Tisch.“ Sein Kollege Jens Berger sagte: „Früher wurden wir noch für Gastbeiträge angefragt oder ins Radio eingeladen. Das ist heute vorbei.“ Die klassischen Medien tun sich mit der Frontstellung keinen Gefallen, erklärte er. Sie treiben damit die Zuschauer nur zu den alternativen Medien.

Alternativmedien sagen zu

Von den alternativen Medien stellten sich neben Weltnetz TV, den Nachdenkseiten, der Ständigen Publikumskonferenz und Peace Counts auch der Rubikon mit seinem Gründer Jens Wernicke vor. Sein Impulsreferat wurde ebenfalls bei Rubikon **veröffentlicht** (<https://www.rubikon.news/artikel/ist-die-welt-uberhaupt-noch-zu-retten>).



Jens Wernicke stellte die Idee des „Rubikon“ vor und betonte, dass die Akzeptanz von Meinungspluralität bei jedem selbst beginnt (Foto: Anke Westermann)

Die taz übrigens – einst als Alternativmedium schlechthin gegründet – sei heute keines mehr, sagte Ute Finkh-Krämer. Die SPD-Politikerin arbeitete lange im Bundespresseamt (BPA). Seit 1999 wertet das BPA die taz für die tägliche Pressemappe des Bundeskanzlers aus, berichtete sie. In dieser Mappe liege nichts alternatives, sondern nur Mainstream.

Die Macher der Alternativen wiesen erneut darauf hin, wie wichtig die Finanzierung durch Nutzer ist. Mit Ehrenamtlern allein könnten diese Medien nicht betrieben werden. „Guter Journalismus braucht Zeit und Geld“, sagte Tilman Wörtz von Peace Counts. „Es ist wahnsinnig anstrengend, guten Journalismus zu machen.“ Der Friedensaktivist Rainer Braun betonte, dass viele Journalisten in prekären Verhältnissen lebten. Eine Art gesellschaftlicher Fonds,

der Journalisten bei ihren kritischen Recherchen finanziell unterstützt, müsste gegründet werden, so sein Vorschlag.

Hier ruft niemand „Lügenpresse“

Festzuhalten bleibt: Die Juristenvereinigung IALANA hatte eine große Zahl interessanter Medienkritiker in Kassel zusammengeführt, die die Schwachstellen des heutigen Journalismus klar aufzeigten. Oder wenn man es in der Sprache einer Gerichtsverhandlung ausdrücken wollte: Viele Sachverständige bezeugten den Tathergang, doch die Hauptangeklagten erschienen nicht. Wie so oft, wenn sie konstruktiv kritisiert werden, schlugen die Mainstream-Medien die Einladung zur Debatte aus und ignorierten die Veranstaltung auch in ihrer Berichterstattung. Journalisten vom Tagesspiegel, von der Süddeutschen Zeitung und von der Frankfurter Rundschau hatten Anfragen vorliegen. Selbst das „Recherchebüro Correctiv“ war eingeladen. Alle sagten ab.

Wenn demnächst wieder jemand behauptet, Mainstreamkritiker, Friedensbewegte und Alternative Medien wollen sich in Filterblasen verschanzen und nur Argumente ihrer Mitstreiter hören, möge derjenige auf diese Veranstaltung schauen. Die vermeintliche Filterblase war weit geöffnet. Der rote Teppich war ausgerollt, wie Marcus Klöckner **schreibt** (<http://www.nachdenkseiten.de/?p=42173>). Seriöse Veranstalter, kompetente Redner und ein interessiertes, gut informiertes Publikum hätten sich gern die Sicht des Mainstreams angehört und sachlich-kritisch mit den Alpha-Journalisten debattiert. Hier hätte niemand „Lügenpresse“ gerufen, sie ausgepiffen oder mit Prügel gedroht.

Doch vielleicht ist auch genau das der Grund. Blieb der Mainstream vielleicht weg, weil er mit Kritikern wie denen in Kassel nicht

umgehen kann? Sie sind den etablierten Journalisten womöglich unangenehm, weil diese Kritiker genau wissen, wovon sie reden, weil sie die Abläufe in den Redaktionen kennen, weil sie empirische Untersuchungen zur Hand haben und ihre Argumente wissenschaftlich unterlegen können.

So gesehen hat der Mainstream die Rufer á la „Lügenpresse – auf die Fresse“ gern. Mit denen muss er sich inhaltlich nicht auseinandersetzen. Doch die, die in der Sache etwas zu sagen haben, sind ein großes Problem für die großen Medien. Da bleibt man lieber weg.

Was tun?

Dieser Bericht soll nicht mit dem desillusionierenden Blick auf den Mainstream beschlossen werden, sondern konstruktiv mit einer Zusammenfassung der praktischen Handlungsvorschläge, die die Redner in Kassel machten. Die Frage „Was tun?“ wurde von Veranstaltern und Publikum dort immer wieder gestellt. Folgende Ideen kamen zusammen:

- Einführung gewählter Publikumsräte bei den ÖR, siehe hierzu auch die **Erlanger Erklärung**
- Gründung einer „Stiftung Medientest“
- Einrichtung von Lehrstühlen für kritische Propaganda-Analyse
- Stärkung und Gründung eigener Netzwerke wie die **Initiative kritischer Kommunikationswissenschaftler** (<https://kritischekommunikationswissenschaft.wordpress.com/>)
- Institutionalisierte Untersuchung konkreter Propagandaverdachtsfälle
- Einführung eines Schulfaches Medienkompetenz
- Gründung eines Fonds zur finanziellen Unterstützung für kritische Journalisten in prekären Bedingungen.

Eine kleine Liste – deren Verwirklichung und Fortschritt bei der nächsten IALANA-Medientagung durchaus überprüft werden darf.

Anmerkung

Da in diesem Bericht nicht alle Vorträge in ihrer Tiefe wiedergegeben werden können, soll hier auch auf die Berichterstattung unserer Kollegen verwiesen werden. WeltnetzTV wird die gefilmten Reden aller Beteiligten online stellen. Der Auftakt der Tagung mit der linken Publizistin Daniela Dahn und dem Kabarettisten Max Uthoff ist dort bereits **zu sehen** (<https://weltnetz.tv/video/1385-max-uthoff-krieg-und-frieden-den-medien>). RT Deutsch **filmte** (<https://www.youtube.com/watch?v=V8Uq14Dwk2U>) einen Teil einer Podiumsdiskussion. Weitere schriftliche Berichte von der Tagung gibt es unter anderem von **Marcus Klöckner bei den NachDenkSeiten** (<http://www.nachdenkseiten.de/?p=42173>), vom Medienwissenschaftler **Michael Meyen** (<https://medienblog.hypothesen.org/1178>) und vom Journalisten

Jens Brehl (<http://www.der-freigeber.de/zwischen-propaganda-und-wahrhaftigkeit-konstruktive-kritik-auf-der-ialana-medientagung/>). Eine Sammlung von Präsentationen, Videos und Fotos gibt es auch hier auf der **Website zur Tagung** (<http://medientagung.ialana.de/category/auswertung/>).



Unterstützen Sie unabhängigen Journalismus:

www.rubikon.news/unterstuetzen

[\(https://www.rubikon.news/unterstuetzen/\)](https://www.rubikon.news/unterstuetzen/)

Quellen und Anmerkungen:

(1) <http://www.ialana.de/arbeitsfelder/frieden-durch->

[recht/ialana-kongresse-frieden-durch-recht/januar-2018-kassel-krieg-und-frieden-in-den-medien/2114-einladung-zum-ialana-medienkongress-26-28-januar-2018-in-kassel](http://www.ialana.de/arbeitfelder/frieden-durch-recht/ialana-kongresse-frieden-durch-recht/januar-2018-kassel-krieg-und-frieden-in-den-medien/2114-einladung-zum-ialana-medienkongress-26-28-januar-2018-in-kassel)

<http://www.ialana.de/arbeitfelder/frieden-durch-recht/ialana-kongresse-frieden-durch-recht/januar-2018-kassel-krieg-und-frieden-in-den-medien/2114-einladung-zum-ialana-medienkongress-26-28-januar-2018-in-kassel>

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Stefan Korinth, Jahrgang 1983, ist freiberuflicher Journalist. Er lebt und arbeitet als Autor und Redakteur in Hannover. Dort studierte er Politikwissenschaften und Soziologie. Für seine Abschlussarbeit forschte er in der Ukraine. Seine journalistischen Arbeitsschwerpunkte sind politische und historische Themen sowie der Ukraine-Konflikt. Er schreibt für mehrere unabhängige Online-Medien und eine Nachrichtenagentur. Gemeinsam mit Ulrich Teusch und Paul Schreyer gründete er das Magazin **Multipolar** (<https://multipolar-magazin.de/>).

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.